

NGO MONITOR: SHRINKING SPACE

Diffamierung von Menschenrechtsorganisationen
die die israelische Besatzung kritisieren

Ein Bericht der Policy Working Group
September 2018

Das vorliegende Dokument enthält das Vorwort und die Zusammenfassung des Berichts „NGO Monitor: Shrinking Space – Defaming human rights organizations that criticize the Israeli occupation“. Der vollständige Bericht in Englisch, einschließlich der Quellen, ist verfügbar unter www.policyworkinggroup.org.il.

Vorwort

NGO Monitor ist eine Organisation, die im Jahr 2002 unter der Schirmherrschaft des konservativen Think Tank JCPA (the Jerusalem Center for Public Affairs) gegründet wurde und seit 2007 eine selbstständige Einrichtung ist.

Ihr erklärtes Ziel ist es, „primär im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts die Transparenz und Verantwortlichkeit von NROs [Nicht-regierungsorganisationen], die behaupten eine Menschenrechts-Agenda zu vertreten,“ zu fördern.¹ Das ist eine unaufrichtige Beschreibung. In Wirklichkeit hat jahrelange Erfahrung gezeigt, dass das oberste Ziel von NGO Monitor die Verteidigung und Unterstützung von Regierungspolitik ist, die die israelische Besatzung und Kontrolle über die palästinensischen Gebiete zu erhalten hilft.

Israelische zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen haben es konsequent vermieden, sich mit NGO Monitor einzulassen. Die Erfahrung hatte gezeigt, dass Antworten auf ihre Behauptungen absichtlich missinterpretiert und als Munition für weitere Angriffe genutzt werden, was die betroffenen Organisationen dann zwingt, knappe Ressourcen ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Förderung von Menschenrechten und Demokratie, zu entziehen.

¹ Siehe die Webseite des NGO Monitors: <http://www.ngo-monitor.org/about/faqs>.

Aber die Zeiten ändern sich. Diejenigen in Israel, die universelle Werte, Freiheit und Gleichheit fördern, befinden sich in der Defensive. Dieser konzertierte Angriff wird zum Großteil von Gruppen angeführt, die vorgeben unabhängig und unparteiisch zu sein. In Wahrheit arbeiten sie Hand in Hand mit der israelischen Regierung, die ihre Ressourcen dazu nutzt, die Arbeit von kritischen zivilgesellschaftlichen Organisationen einzuschränken und zu untergraben.

Es wird sich erst noch zeigen, wohin dieser Versuch, die kritische Zivilgesellschaft in Israel zum Schweigen zu bringen, führen wird, aber die Aussichten sind düster. Wie der deutsche Think Tank Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in seiner im Januar 2018 erschienen Veröffentlichung, „The Rise of ‚Bad Civil Society‘ in Israel“,² richtig bemerkt hat:

„...die gut koordinierten Bemühungen, die für das israelische politische System charakteristischen liberal-demokratischen Freiräume durch die Förderung von illiberalen, religiös-nationalistischen und gegen Menschenrechte gerichteten Werten einzuschränken, scheinen sich durchgesetzt zu haben.“

SWP hat drei Strategien identifiziert, die nationalistische Organisationen in Israel verwenden, um Menschenrechtsorganisationen (MROs) zu untergraben:

„Die erste ist das Delegitimieren von MROs durch Taktiken der Anprangerung. Sie führen gut koordinierte politische und Medien-Kampagnen an, in denen MROs mit terroristischen Organisationen in Verbindung gebracht werden. Die zweite Strategie besteht darin, MROs dadurch zum Schweigen zu bringen, dass Bildungs-, Kultur- und Medien-Institutionen angeprangert werden, die diese MROs einladen, zu ihrem Publikum zu sprechen. Die dritte Strategie zielt darauf ab, die Finanzierung der MROs durch Lobby-Arbeit in den Ländern, aus denen die Spenden kommen, zu unterbinden, sowie durch Druck auf Regierungen, damit diese ihre finanzielle Unterstützung für MROs einstellen.“

Wie der hier vorliegende Bericht erklärt, trifft vieles von dem, was SWP schreibt, auf die Aktivitäten von NGO Monitor zu. Nach dem Bericht führt NGO Monitor in der Tat die Bestrebungen, den Freiraum für israelische und palästinensische Menschenrechts-NROs zu reduzieren, an.

Als eine Organisation, deren Zweck darin besteht, andere unter die Lupe zu nehmen, wurde NGO Monitor selbst bisher kaum einer kritischen Untersuchung unterzogen. Nach jahrelangem Verzug ist es nun an der Zeit, NGO Monitor unter die Lupe zu nehmen.

Der hier vorliegende Bericht kommt zu dem Schluss und argumentiert, dass NGO Monitor eine mit der Regierung affilierte Organisation ist, die selektiv Menschenrechtsorganisationen angreift, fast ausschließlich durch

² Amal Jamal, „The Rise of ‚Bad Civil Society‘ in Israel‘: Nationalist Civil Society Organizations and the Politics of Delegitimization“, SWP Comment 2018/C02, January 2018, <https://www.swp-berlin.org/en/publication/israel-the-rise-of-bad-civil-society>.

Spenden aus den USA finanziert wird, sich der Transparenz, die sie von anderen fordert, entzieht und irreführende, tendenziöse Informationen verbreitet, die sie als Ergebnisse von tiefgehender sachlicher Forschung präsentiert.

Wir sind uns dessen bewusst, dass schrumpfende zivilgesellschaftliche Freiräume ein globales Phänomen und eine aktuelle Sorge für Europa sind. In Israel ist die Situation jedoch einzigartig insofern als diese eine Folge – als auch eine Voraussetzung – der Ausweitung des Freiraums für die israelische Besatzung ist, die vor mehr als 50 Jahren begann.

Es ist von höchster Priorität und im beidseitigen Interesse von Israel und Europa, Freiräume für kritische zivilgesellschaftliche Organisationen zu schützen und deren Finanzierung aufrechtzuerhalten. Die folgenden Politikempfehlungen der SWP-Veröffentlichung „The Rise of ‚Bad Civil Society‘ in Israel“ bieten wir als Stoff zum Nachdenken darüber an, was getan werden könnte und sollte:

- Geldgeber, sowohl staatliche als auch private, sollten nicht in die Falle tappen, die nationalistische Organisationen legen, in dem sie Menschenrechtsorganisationen beschuldigen, Terroristen oder mit solchen verbundene Personen und Organisationen zu schützen oder gar zu unterstützen. SWP erklärt die Logik solcher Anschuldigungen:

„Diese Argumentation wird propagiert, um demokratische Regierungen in Verlegenheit zu bringen, die dann von nationalistischen ZGOs [zivilgesellschaftlichen Organisationen] beschuldigt werden, ihren eigenen offiziellen Positionen zuwiderzuhandeln. Nationalistische ZGOs wollen einen Zusammenhang zwischen der Unterstützung von MROs in Israel und einer anti-israelischen, oder sogar antisemitischen Einstellung herstellen, – wohl wissend, dass keiner der Geberstaaten es hinnehmen könnte, mit solchen Aktivitäten in Verbindung gebracht zu werden.“

- Führende demokratische Staaten, insbesondere solche, die enge Beziehungen mit Israel haben, sollten offen Gesetzgebungen in Israel, die Menschenrechts-NROs untergraben, kritisieren und politischen Druck ausüben, um demokratische, liberale und Menschenrechts-Werte zu verteidigen.
- Europäische Regierungen und Förderer sollten israelische MROs und andere liberale ZGOs einladen, an öffentlichen Veranstaltungen in Europa and anderswo teilzunehmen, um ihre Unterstützung für diese Organisationen zu zeigen, ihren Aktivitäten Legitimation zu verleihen und um Kanäle zu öffnen, die es den ZGOs ermöglichen, ihre Informationen und Wissen zu vermitteln.
- Westliche Medien sollten den Aktivitäten von MROs und liberalen ZGOs in Israel sowie den von diesen zur Verfügung gestellten Informationen mehr Aufmerksamkeit widmen. Die Berichterstattung in den Medien könnte

eine zentrale Rolle dabei spielen, die Politik der israelischen Regierung zu blockieren, die darauf abzielt, diejenigen, die demokratische Werte fördern, zum Schweigen zu bringen und zu delegitimieren.

SWP stellt fest, dass nationalistische Organisationen wie NGO Monitor versuchen, liberale Menschenrechtsorganisationen in einen Überlebenskampf zu ziehen. Lassen Sie uns sicherstellen, dass sie überleben und sich weiterhin auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren: die Verteidigung der Menschenrechte und unserer gemeinsamen liberalen Werte.

Der hier vorliegende Bericht beruht auf einer internen Forschungsarbeit, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellt und finanziert wurde, und die die Stiftung freundlicherweise der Policy Working Group zur Verfügung gestellt hat. Die Recherchen für den vorliegenden Bericht wurden von Eyal Hareuveni durchgeführt. Gedankt sei den folgenden engagierten Mitgliedern der israelischen Zivilgesellschaft, die sich den Menschenrechten und demokratischen Grundsätzen verpflichtet fühlen, für ihren persönlichen Beitrag zu diesem Bericht: Ran Goldstein, Sarit Michaeli, Jessica Montell, Lior Yavne, Yehuda Shaul und Mia Bengal.

*Botschafter i.R. Ilan Baruch, Vorsitzender der Policy Working Group**

* Die Policy Working Group (PWG) ist ein Kollektiv von israelischen ehemaligen Diplomaten, Akademikern und Menschenrechtsaktivisten, die sich ehrenamtlich für die Umwandlung der Beziehungen zwischen Israel und Palästina von einer Besatzung zu einer auf einer Zwei-Staaten-Lösung basierenden Koexistenz einsetzen und diese fördern. Die PWG fordert die Errichtung eines unabhängigen souveränen Staats Palästina neben dem Staat Israel, wobei Jerusalem als Hauptstadt beider Staaten dienen soll. Die PWG engagiert sich auch für den Schutz des zivilgesellschaftlichen Freiraums vor Aufwiegelung und Gesetzgebung von Seiten der israelischen Regierung sowie vor Diffamierung durch mit der Regierung affilierten israelischen und ausländischen Organisationen, die die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit untergraben und jeglichen kritischen Diskurs über die israelische Regierung und ihre Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten unterdrücken.

Zusammenfassung

NGO Monitor wurde im Jahr 2002 im Rahmen des konservativen Think Tank Jerusalem Center for Public Affairs (JCPA) gegründet und im Jahr 2007 als eine selbstständige Einrichtung registriert. NGO Monitor präsentiert sich selbst als „ein unabhängiges und unparteiisches Forschungsinstitut, das darauf abzielt, primär im Kontext des arabisch-israelischen Konflikts, die Transparenz und Verantwortlichkeit von NROs zu fördern, die behaupten eine Menschenrechts-Agenda zu vertreten“.

Wie in dem hier vorliegenden Bericht nachgewiesen wird, kommt der Bericht zu dem Schluss, dass NGO Monitor in Wirklichkeit eine politisch motivierte Organisation ist, die eng mit der israelischen Regierung kooperiert und ihre Arbeit mit dieser koordiniert. Die Organisation schützt und fördert stets Regierungspolitik, die darauf abzielt, die israelische Besatzung und Kontrolle über die palästinensischen Gebiete zu erhalten, zu festigen und auszuweiten.

Selektives Vorgehen | Im Einklang mit dieser politischen Zielsetzung konzentriert sich NGO Monitor ausschließlich auf zivilgesellschaftliche und Menschenrechtsorganisationen, die sich kritisch über die Besatzung äußern. Auf ihrer Webseite befindet sich eine schwarze Liste mit zirka 250 israelischen, palästinensischen, europäischen und internationalen Organisationen dieser Art.

NGO Monitor greift keine der vielen Organisationen an, die die Besatzung und die Siedlungen unterstützen und die sich durch einen spektakulären Mangel an Transparenz und Verantwortlichkeit auszeichnen.

Beziehungen mit der israelischen Regierung | Der hier vorliegende Bericht kommt zu dem Schluss, dass NGO Monitor nicht als ein „unabhängiges und unparteiisches Forschungsinstitut“ gesehen werden kann. NGO Monitor rühmt sich öffentlich seiner engen Beziehungen mit der Regierung und nutzt das israelische Außenministerium, um Treffen für seine Lobbyaktivitäten in europäischen Hauptstädten zu arrangieren, an denen mitunter auch israelische Diplomaten teilnehmen.

NGO Monitor spielt eine Schlüsselrolle in der Versorgung israelischer Ministerien und Auslandsvertretungen mit irreführenden Informationen zur Diffamierung von israelischen und palästinensischen Menschenrechtsorganisationen und mobilisiert die israelische Regierung, um Druck auf ihre europäischen Amtskollegen auszuüben, damit diese ihre finanzielle Unterstützung einstellen. In Israel fungiert NGO Monitor als Katalysator für antidemokratische Gesetzgebung, die sich selektiv gegen jene NROs richtet.

Parteiische Personen | Mehrere der Schlüsselpersonen, die hinter NGO Monitor stehen und in der Organisation aktiv sind, sind ausgesprochen bellizistisch und ideologisch verortet, stehen der israelischen Regierung nahe und unterstützen deren gegenwärtiges politisches Programm. Dore Gold, der damalige Direktor und heutige Präsident des JCPA, war federführend bei der Errichtung der Organisation. Gold ist eng mit Premierminister Netanjahu verbunden, der ihn zum israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen und später zum Generaldirektor des israelischen Außenministeriums ernannte. Gerald Steinberg, der Gründer von NGO Monitor und dessen langjähriger Vorsitzende, war für das Amt des Premierministers und für das Außenministerium tätig.

Der Berater von NGO Monitor in Fragen in Bezug auf Militärjustiz ist Maurice Hirsch, ehemaliger militärischer Oberstaatsanwalt in der Westbank. Yosef Kuperwasser, ehemaliger Generaldirektor des israelischen Ministeriums für Strategische Angelegenheiten, ist im Vorstand. Den beratenden Gremien gehören überzeugte Verteidiger der israelischen Siedlungspolitik und amerikanische Neokonservative an, wie zum Beispiel der gegenwärtige US-amerikanische Nationale Sicherheitsberater John Bolton und der ehemalige CIA-Chef James Woolsey.

Mangel an Transparenz | Während NGO Monitor von Menschenrechtsgruppen extreme Transparenz bezüglich ihrer Finanzierung fordert, ist die Organisation selbst sehr zurückhaltend mit Informationen in Bezug auf ihre eigenen Einnahmsquellen. Seit 2013 haben weder die Finanzberichte der Organisation, die auf ihrer Webseite einsehbar sind, noch die Informationen über die Organisation auf GuideStar, der israelischen Webseite für NRO-Transparenz, die Namen ihrer privaten Geldgeber enthüllt.

Nach israelischem Recht ist NGO Monitor verpflichtet, Geldgeber, von denen sie mehr als 20.000 Schekel (zirka 4.600 Euro) erhält, namentlich der israelischen Registratur für gemeinnützige Organisationen zu melden. Gemäß den Angaben, die NGO Monitor der Registratur in einem separaten Dokument (das nur gegen Bezahlung einer Gebühr zugänglich ist) gemacht hat, wurde die Organisation in den Jahren 2015 und 2016 im Ganzen von sieben Geldgeber finanziert. Nur drei davon werden auf der Webseite von NGO Monitor erwähnt: REPORT, die Orion Foundation und Peter Simpson.

Die US-amerikanische Organisation REPORT (Research + Evaluation = Promoting Organizational Responsibility and Transparency) ist der Hauptgeldgeber von NGO Monitor. Im Jahr 2016 betrug ihr Beitrag etwa 90% der gesamten Einnahmen von NGO Monitor. NGO Monitor greift Menschenrechtsgruppen wegen ihrer aus dem Ausland erhaltenen Gelder an, obwohl die Organisation selbst fast ausschließlich mit ausländischen Mitteln finanziert wird.

Die Webseite von REPORT zeigt ein „Transparenz-Siegel“ des US-amerikanischen GuideStar, aber enthält nur minimale Informationen in Bezug auf Finanzierung und Transparenz. Dort gibt es eine Liste mit 13

privaten und institutionellen Geldgebern, die zwei Projekte fördern, von denen eines NGO Monitor ist. Weder REPORT noch NGO Monitor erklären, welcher dieser Geldgeber NGO Monitor gefördert haben, wann dies geschah, und wie hoch ihre finanzielle Unterstützung war.

Grundlose Behauptungen | Artikel und Berichte von NGO Monitor enthalten Behauptungen, die jeglicher Grundlage entbehren, sowie faktische Ungenauigkeiten. Zum Beispiel behauptete Gerald Steinberg im Jahr 2014, dass eines der Haupthilfsprogramme der EU, das Europäische Instrument für Demokratie und Menschenrechte (EIDMR), mehr finanzielle Mittel für Projekte im Rahmen des israelisch-palästinensischen Konflikts zur Verfügung stelle als für Projekte in anderen Konfliktregionen in der Welt. In seiner Antwort wies der damalige EU-Botschafter in Israel, Lars Faaborg-Anderson, diese Behauptung als sachlich falsch zurück und bezeichnete Steinbergs Veröffentlichung als „einen Cocktail aus tendenziöser Recherche, absichtlicher Ungenauigkeit und die EU regelrecht verteufelnder Propaganda“.

In ihrem Jahresbericht für 2016, der im Januar 2017 herauskam, schrieb NGO Monitor über das Human Rights and International Humanitarian Law Secretariat, ein von Dänemark, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz getragener, gemeinsamer Finanzierungsmechanismus zur Unterstützung von israelischen und palästinensischen Menschenrechts-NROs: „Aufgrund unserer unermüdlichen Bemühungen habe sowohl die Niederlande als auch die Schweiz ihre Finanzierung des IHL [humanitären Völkerrechts-] Sekretariats neu überdacht.“ Im November 2016 hatte die niederländische Regierung jedoch bekanntgegeben, dass sie dem Sekretariat weiterhin finanzielle Mittel zur Verfügung stellen wird und dass sie dessen Arbeit „großen Wert“ beimisst.

Mangelhafte Recherchen | NGO Monitor führt keine unabhängigen Feldstudien durch. Ihre Veröffentlichungen basieren in der Regel auf selektiven Internetrecherchen und auf der Wiedergabe von aus israelischen offiziellen Quellen stammender Behauptungen. Darüber hinaus konzentrieren sich ihre Veröffentlichungen selektiv und ausschließlich darauf, die Beobachtungen und Schlussfolgerungen der von ihr angegriffenen NROs zu widerlegen.

Im Gegensatz dazu führen viele der von NGO Monitor angegriffenen Menschenrechtsorganisationen unabhängige und gründliche Feldstudien durch. NGO Monitor zeichnet sich seit langem dadurch aus, dass sie ihre Arbeit einfach als wertlos abtut und den von ihnen angewandten einschlägigen völkerrechtlichen Rahmen verdreht.

Zum Beispiel behauptete NGO Monitor im Jahr 2015, dass es keine rechtliche Grundlage für B'Tselems Argument gäbe, wonach der Abriss aller Gebäude in dem palästinensischen Dorf Susiya und die Vertreibung seiner Bewohner von ihrem Land ein Fall von „Zwangsumsiedlung“ ist. B'Tselem hatte jedoch

bereits im Jahr 2013 eine detaillierte juristische Analyse veröffentlicht, die sich auf zahlreiche Rechtsquellen und renommierte Experten für humanitäres Völkerrecht bezieht, die als Grundlage für dieses Argument dienen. NGO Monitor ignorierte dies.

„Die Besatzung ist eine interne israelische Angelegenheit“ | In ihren Bemühungen, die israelische Besatzung vor internationaler Kritik zu schützen, stellt NGO Monitor die Besatzung der palästinensischen Gebiete als eine interne israelische Angelegenheit dar, in die sich andere Länder nicht einmischen dürfen. Dementsprechend werden Menschenrechtsorganisationen, die Israels Vorgehensweise in den besetzten Gebieten kritisieren und finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten, als jene präsentiert, die Israels Souveränität verletzen, die von „ausländischen Interessen“ verdorben sind, und die die „interne“ Debatte verzerren.

„Nichtregierungsorganisationen stellen eine existenzielle Bedrohung dar“ | Außerdem versucht NGO Monitor internationale Kritik an der Besatzung dadurch abzulenken, dass sie Menschenrechts-NROs als mächtige Akteure präsentiert, die eine existenzielle Bedrohung für Israel darstellen. Laut NGO Monitor haben NROs auf der Weltkonferenz gegen Rassismus in Durban im Jahr 2001 ihre Strategie umgeschwenkt, vom „Krieg gegen Israel, das heißt den Versuchen, Israel mit militärischen Gewalt und durch Terrorangriffe zu zerstören, hin zu einem politischen Krieg mit ‚sanfter Gewalt‘, der darauf abzielt, Israel durch ‚gewaltlose‘ Mittel auszulöschen“.

NGO Monitor beschuldigt diese NROs zwei Mittel dafür zu nutzen: BDS (siehe unten) und „Lawfare“, das heißt, Kriegsführung/Kampf mit Rechtsmitteln. Die Organisation definiert das letztere als „die Ausnutzung von Gerichten und internationalen Rechtsorganen, um auf gerichtlichem Wege Boykotts und Embargos zu verhängen und sich in Israels diplomatische und Auslandsbeziehungen einzumischen“. Dabei ignoriert NGO Monitor jedoch völlig die extensive Nutzung von Rechtsmitteln durch Organisationen, die das politische Programm der israelischen Regierung verteidigen und fördern, wie zum Beispiel Shurat HaDin. Sogar NGO Monitor selbst hat „Lawfare“ betrieben, als sie im Jahr 2010 (erfolglos) gegen die Europäische Kommission klagte.

Die Verwendung von BDS, um palästinensische NROs zu diffamieren | NGO Monitor verwendet hauptsächlich zwei Taktiken, um den professionellen Ruf und die Integrität von palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu schädigen. Zum einen dämonisiert sie NROs, die BDS unterstützen, das heißt, die von Palästinenser angeführte internationale Bewegung, die auf Israel Druck ausübt, damit es aufhört, Menschenrechte und Völkerrecht zu verletzen.

NGO Monitor versucht, europäische Regierungen und Parlamente dahingehend zu beeinflussen, dass sie palästinensischen NROs, die BDS unterstützen, kategorisch ihre finanzielle Unterstützung entziehen. Dabei stützt sich NGO Monitor auf die offizielle Ablehnung der EU von BDS, aber

ignoriert zugleich selektiv die Position der EU, wonach BDS durch die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit geschützt ist. Außerdem greift NGO Monitor in seiner Kampagne gegen BDS auch NROs an, die lediglich Schritte gegen Israels illegale Siedlungen und Besatzung fordern.

Anschuldigungen der „Verbindung mit Terroristen“ | Die zweite Taktik, die NGO Monitor einsetzt, um palästinensische NROs zu diffamieren, besteht darin, sie mit bewaffneten Gruppen in Verbindung zu bringen, insbesondere mit der Behauptung, dass sie angeblich Verbindungen zur Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) hätten, die in Israel, den USA und in der EU als terroristische Organisation gelistet ist.

NGO Monitor sagt, dass sie die Verbindungen zwischen palästinensischen NROs und der PFLP aufgedeckt habe. Jedoch hat sie bis heute keinerlei Beweise vorgelegt, dass die beschuldigten Organisationen sich jemals an terroristischen Aktionen oder Gewalttaten beteiligt hätten. NGO Monitor hat auch nie erklärt, auf welche Art und Weise die Arbeit dieser Organisationen, nämlich Feldstudien, Dokumentation, juristische Tätigkeit sowie internationale Öffentlichkeitsarbeit und Interessenvertretung, mit Terrorismus verbunden sein sollte.

Die Anschuldigungen stützen sich weitgehend auf Verweise auf veraltete Informationen, auf einige wenige Fälle die sich in den 1970er und 1980er Jahren ereigneten, auf selektive Internetrecherchen, und auf „Schuld durch Assoziation“. Mitarbeiter dieser Organisationen werden oft beschuldigt, terroristischen Organisationen „anzugehören“ oder, mitunter über Verwandte, mit diesen oder deren Anführer, „verbunden“ zu sein, oder mit ihnen „angebliche Verbindungen“ zu haben.

Abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen haben die israelischen Behörden keine Mitarbeiter oder Vorstandsmitglieder von palästinensischen Organisationen für etwas vor Gericht gestellt oder formell angeklagt, das für die von NGO Monitor erhobenen Anschuldigungen relevant wäre und das sich auf den Zeitraum bezieht, in dem sie in der Organisation involviert waren.

Außerdem wurden nie irgendwelche rechtlichen Schritte von der EU im Rahmen ihrer Anti-Terrorismus-Politik gegen Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder der beschuldigten Organisationen ergriffen, während diese in Europa zu Besuch waren, obwohl dies bei solchen Anschuldigungen innerhalb der Kompetenz der europäischen Polizei und Gerichte läge.

Das bedeutet nicht, dass alle Behauptungen von NGO Monitor irrelevant und hinfällig sind. Unseres Erachtens illustriert es die Rücksichtslosigkeit, die Täuschungsmittel und die schlechten Absichten mit denen NGO Monitor schwerwiegende Anschuldigungen gegen viele palästinensische NROs und deren Mitarbeiter und Vorstandsmitglieder erhebt, um ihren Ruf und ihre Glaubwürdigkeit ganz zu zerstören, und um ihre Geldgeber zu beschämen.